



Sitzung vom

20. Oktober 2025

Mitgeteilt den

21. Oktober 2025

Protokoll Nr.

737/2025

Anfrage Zindel

betreffend Kürzung der Beiträge J+S durch das BASPO

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Die vom Bundesamt für Sport (BASPO) im Juni angekündigte Reduktion der Beitragssätze um 20 Prozent steht nach Meinung der Regierung im offensichtlichen Widerspruch zu den gemeinsamen Zielen von Bund und Kantonen, die Sportförderung für Kinder und Jugendliche langfristig und nachhaltig zu stärken. Jugend+Sport (J+S) ist mehr als ein Sportprogramm, es ist ein zentrales Instrument der Prävention. Investitionen in J+S sind Investitionen in die Gesundheit, die Gewalt- und Suchtprävention sowie in die Integration junger Menschen. Gerade in einer Zeit, in der psychische Belastungen bei Jugendlichen zunehmen, sind verlässliche Sportstrukturen unverzichtbar. Kürzungen senden hier ein falsches Signal und gefährden die langfristigen Erfolge der Schweizer Sportförderung. Eine Reduktion der J+S-Beitragssätze würde nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Angebote gefährden und den Zugang zu bezahlbarem und niederschwelligem Sport für alle einschränken.

Zu Frage 2: Ja. Im Namen der Regierung hat der für den Sport zuständige Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements an den Bundesrat appelliert, die geplanten Kürzungen zu verhindern und die notwendigen finanziellen Mittel für das Budget 2026 und die längerfristige Finanzplanung bereitzustellen. Die Investitionen in J+S seien keine freiwilligen Ausgaben, sondern eine zukunftsgerichtete Massnahme, deren Kosten in einem ausserordentlich günstigen Verhältnis zum langfristigen Nutzen stehen. Die Regierung ist überzeugt, dass eine nachhaltige Stärkung von J+S im Interesse der gesamten Gesellschaft liegt – sowohl aus gesundheitlicher, sozialer als auch aus wirtschaftlicher Perspektive.

An seiner Sitzung vom 12. September 2025 hat der Bundesrat beschlossen, das Sportförderprogramm J+S finanziell zu stärken: Konkret soll der Kredit bereits im laufenden Jahr um 20 Millionen Franken und im Folgejahr um 28 Millionen Franken erhöht werden. Damit wird sichergestellt, dass die J+S-Beiträge an Kurse und Lager auch bei weiter steigenden Teilnehmerzahlen nicht gekürzt werden müssen. Der Bundesrat anerkennt damit die grosse Bedeutung und die positiven Effekte von Sport- und Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen.

Da der Voranschlagsentwurf 2026 des Bundesrats in der Dezembersession 2025 noch durch das Parlament bewilligt werden muss, wird die Regierung die Bündner Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier nachdrücklich darauf hinweisen, wie zentral die Bewilligung dieser Mittel für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines breiten und flächendeckenden Sport- und Bewegungsangebots im Kanton Graubünden ist.

Zu Frage 3: Aufgrund der obigen Ausführungen geht die Regierung davon aus, dass eine Kompensation auf kantonaler Ebene nicht notwendig ist.

Die Regierung weist jedoch darauf hin, dass die Mehraufwendungen im Bereich J+S voraussichtlich partiell durch Einsparungen in anderen Bereichen des BASPO kompensiert werden. Dies könnte ebenfalls Auswirkungen auf Projekte und Anliegen im Kanton haben.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin